

Das Ziel ist heute Integration; und Integration ist das beste Mittel gegen rechts.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Richstein.

Frau Richstein (CDU):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Liedtke, es gibt tatsächlich sehr unterschiedliche Herangehensweisen an das heutige Thema. Vielleicht liegt das daran, dass Sie aus dem künstlerischen Bereich kommen und ich als Juristin wohl eher in der Realität verhaftet bin.

(Heiterkeit bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Wichmann [CDU] - Unmut bei der SPD)

Am 25. Mai, also vor gerade einmal 16 Tagen, trat der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur zu seiner 19. ordentlichen Sitzung zusammen. Unter Tagesordnungspunkt 6.1 befasste man sich mit dem Sachstand des Förderprogramms für Flüchtlinge im Kulturbereich - ein Tagesordnungspunkt, der einzig dazu diente, die Landesregierung für ihr Handeln in der Flüchtlingspolitik zu feiern? Oder ist der heutige Antrag eher Ausfluss dessen, dass es doch Defizite gibt?

Ich möchte einige Anmerkungen zum Antrag der Regierungsfractionen machen. Wir sagen es immer wieder: Für uns bedeutet Integration, zu fördern und zu fordern. - Den Aspekt des Förderns haben Sie in Ihrem Antrag in der Tat berücksichtigt, das ist gut und wichtig. Allerdings kommt mir bei Ihnen der Aspekt des Forderns etwas zu kurz.

Zum Fördern: Meine Damen und Herren, die Idee, Integration auch und gerade über Kulturprojekte zu fördern, wird von der CDU schon lange unterstützt. Deswegen hat die CDU-geführte Bundesregierung viel Geld in die Hand genommen und zahlreiche Projektfördermöglichkeiten geschaffen, um Integration durch Kulturprojekte zu fördern. Ich nenne nur das erfolgreiche Programm „Kultur macht stark“, das von der Bundesregierung noch einmal um 5 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt wurde, oder die Unterstützung der Bundesregierung für alle Kreise und kreisfreien Städte zur Finanzierung von Bildungskoordinatoren. Generell ist die Unterstützung der Kreise und kreisfreien Städte in der Flüchtlingspolitik ein Thema, bei dem sich auch die Landesregierung wesentlich stärker einbringen könnte - aber das nur am Rande.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zu der Frage, warum wir dennoch die Notwendigkeit gesehen haben, heute einen eigenen Entschließungsantrag einzubringen. Die Antwort ist so einfach wie banal: Ihr Antrag reicht wie so oft einfach nicht aus; er ist der Situation nicht angemessen.

Beispielsweise schreiben Sie in Ihrem Antrag von geflüchteten und asylsuchenden Menschen, von Geflüchteten und von Flüchtlingen. - Offensichtlich ist nicht ganz klar, auf wen sich dieser Antrag eigentlich beziehen soll. Deswegen möchte ich das für uns etwas konkretisieren. Viele Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, suchen nur vorübergehend Schutz. Sie

wollen in ihre Heimat zurückkehren, sobald die Verhältnisse dort wieder ein normales Leben ermöglichen. Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für diese Menschen sind daher eine Investition in den Wiederaufbau und die Stabilisierung dieser Länder und werden von uns voll und ganz unterstützt.

Unsere Integrationsangebote richten sich dagegen an Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive: Männer, Frauen und Kinder, die voraussichtlich über Jahre oder dauerhaft in unserem Land bleiben werden. Diese Definition ist wichtig, damit wir über die passenden Programme und Ideen diskutieren können.

Dazu will ich auf eine besonders zu berücksichtigende Gruppe aufmerksam machen, die Sie in Ihrem Antrag leider komplett vergessen haben. Die Landesregierung antwortete auf meine kleine Anfrage, dass rund ein Drittel der Flüchtlinge in Brandenburg weiblich ist. Und oft - das haben wir auch hier schon mehrfach diskutiert - sind es gerade Frauen, die besonderen Schutz und besondere Unterstützung benötigen. Denn häufig stammen diese Frauen aus Kulturen, in denen Gleichberechtigung unbekannt ist bzw. ganz ins Gegenteil verkehrt wird.

Auch die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, deren Zahl stetig steigt, bedürfen unserer besonderen Fürsorge. Diese beiden Gruppen haben wir im Entschließungsantrag explizit kenntlich gemacht, um zu verdeutlichen, dass sie unsere besondere Beachtung verdienen und besonders berücksichtigt werden müssen.

Nun zum Thema Fordern: Sie erwähnen zwar, dass die Flüchtlinge die Chance erhalten müssen, an unserer Kultur teilzuhaben und unsere Kulturgeschichte kennenzulernen; das ist mir aber eindeutig zu wenig. Wir erwarten von den Menschen, die längerfristig oder dauerhaft in unserem Land leben wollen, dass sie unsere Kultur- und Werteordnung kennenlernen und anerkennen. Das erfordert Bereitschaft und aktives Engagement und meint nicht nur die Chance, einmal hineinzuschnuppern oder sich etwas unverbindlich anzuschauen. Insbesondere grundlegende Werte wie die Religionsfreiheit, Demokratie, die Rolle der Frau, die Rolle von Homosexuellen, Gleichberechtigung, Minderheitenrechte oder das Existenzrecht Israels sind Werte, zu denen sich jeder bekennen muss, der hier leben will. Die Verpflichtung auf diese Werte ist deswegen elementar für die Integration der Flüchtlinge. Aber davon steht in Ihrem Papier nicht wirklich etwas.

Deswegen werbe ich für unseren Entschließungsantrag. Wer unsere Werteordnung für unsere Gesellschaft verbindlich machen und besonders zu schützenden Gruppen unter den Flüchtlingen besonders fördern will, stimmt heute bitte unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Große.

Frau Große (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wenn wir damals den Vorschlägen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefolgt wären und die Geschäftsordnung dahin ge-